

# LAND TAGS KURIER



Seite 3:  
Sucht in Sachsen  
erfordert Stärkung  
der Prävention



Seite 11:  
Der Sächsische Landtag  
begibt den Tag der  
Deutschen Einheit



Seite 18:  
Das Forum Mitteleuropa  
tagte in Klosterneuburg  
in Österreich

Ausgabe  
7.15



**Sächsischer Landtag**



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

den 25. Jahrestag der deutschen Einheit hat der Landtag am 3. Oktober 2015 mit einem Festakt begangen, wobei dieses Ereignis als ostdeutsche, als nationale, aber auch als weltpolitische Leistung gewürdigt worden ist. Der Zeitzeuge Frank Richter und der große angelsächsische Zeithistoriker Christopher Clark, der auch unser Titelblatt zierte, haben den Einigungsprozess aus der sächsischen und der europäischen Sichtweise analysiert und einen Bogen von 1989/90 zu den gegenwärtigen Herausforderungen in Deutschland und in Europa geschlagen. Trotz aller Schwierigkeiten, so Clark, sei die Europäische Union unverzichtbar und darüber hinaus auf das Engste mit Deutschland verbunden.

Im »Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag« haben wir diese Verbundenheit mit unseren Partnern aus Österreich, Polen, der Slowakei, aus Tschechien und aus Ungarn am 20. und 21. September 2015 mit einer Konferenz in Klosterneuburg bei Wien erneut zum Ausdruck gebracht. Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen wie der Flüchtlingsproblematik fällt der Bedeutungsgewinn der seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ins freie Europa zurückgekehrten Mitteleuropäer ganz besonders stark ins Gewicht. Die notwendige gesamt-europäische Solidarität bei der Lösung aller Probleme hängt heute maßgeblich vom Beitrag der Staaten Mitteleuropas ab.

Im Zeichen dieser gemeinsamen Verantwortung stand auch der Besuch von Abgeordneten des Sächsischen Landtags beim Landtag von Niederösterreich in St. Pölten von 21. bis 23. September 2015. Einig waren sich die Abgeordneten beider Parlamente, dass die aktuelle Flüchtlings- und Asylpolitik ein schnelleres Handeln in Europa und an seinen Grenzen sowie eine noch engere Kooperation zwischen Deutschland und Österreich erforderlich macht.

Von einem intensiv geführten Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen den Parlamenten der Bundesländer wird Sachsen auf diesem Wege auch weiterhin profitieren. Vor allem dürfen wir dabei die Stärkung unserer eigenen demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten nicht aus dem Auge verlieren, um die Rechte und Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Freistaates innerhalb Deutschlands und Europas wirkungsvoll wahrnehmen und vertreten zu können.

Dr. Matthias Rößler  
Präsident des Sächsischen Landtags

// Christopher Clark während seiner Festrede am 3. Oktober 2015 // Foto: S. Giersch

## PLENUM

21. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Sucht in Sachsen</b> CDU und SPD: Herausforderungen meistern, Prävention stärken .....	4
Hintergrundinformation zum Kampf gegen Crystal .....	6
21. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>VW-Desaster</b> DIE LINKE: Auswirkungen für Beschäftigte im Automobil-Cluster Sachsen abwenden .....	7
22. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Freiheit und Selbstbestimmung</b> Abgeordnete debattierten über 25 Jahre Parlamentarismus in Sachsen .....	8
22. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Glaubwürdigkeitskrise</b> AfD: Eine Gefahr für die Demokratie .....	10

## AKTUELLES

Jubiläum im Zeichen der Flüchtlingsfrage Feierstunde zum 25. Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2015 .....	12
»Die sind ganz schön aufgeregt!« Tag der offenen Tür im Sächsischen Landtag .....	14
Mitteleuropa 2015 – Stabilität und Krise? In Klosterneuburg ging das »Forum Mitteleuropa« in die sechste Runde .....	18
Flüchtlingsproblem lässt sich nur gemeinsam lösen Landtagsdelegation nach Arbeitsbesuch in Niederösterreich .....	20

## GESCHICHTE

Making Constitutions in Saxony Präsentation sächsischer Verfassungen in London .....	22
---	----

## SERVICE

Weitere Informationen .....	24
-----------------------------	----



# Suchtprävention und Parlamentarismus-Jubiläum

Foto: S. Giersch

// Im Mittelpunkt der 21. Sitzung des Sächsischen Landtags stand das Thema »Sucht in Sachsen«. Das Plenum diskutierte u. a. darüber, durch welche Präventionsmaßnahmen zunehmendem Alkoholmissbrauch und Drogenkonsum effizienter begegnet werden kann. Eine Aktuelle Debatte im Rahmen der 22. Sitzung widmete sich dem 25. Jubiläum der Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie in Sachsen im Jahr der deutsch-deutschen Wiedervereinigung 1990. //



// Martin Dulig und Stanislaw Tillich // Fotos: S. Giersch

# Sucht in Sachsen

Uwe Nösner

CDU und SPD: Herausforderungen meistern, Prävention stärken

// Ein Antrag der Fraktionen CDU und SPD zum Thema »Sucht in Sachsen« stand in der Aktuellen Stunde der 21. Sitzung des Sächsischen Landtags am 7. Oktober 2015 zur Debatte. Die damit verbundenen Herausforderungen gelte es insbesondere durch die Stärkung der Prävention zu meistern. Einen Schwerpunkt bildete dabei erneut die Droge Crystal Meth. Lesen Sie dazu auch die Hintergrundinformationen auf Seite 6. //

Die Probleme, die die Teufelsdroge Crystal Meth mit sich bringe, seien nur ein Ausschnitt innerhalb der Suchtproblematik, erklärte Alexander Krauß, CDU. Besorgniserregend sei auch der Cannabis-Konsum bei Jugendlichen und jungen Er-

wachsenen. Nach aktuellen Studienergebnissen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung werde auch hier ein Anstieg dokumentiert. So hätten 17,7 Prozent der jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 25 Jahren angegeben,

in den vergangenen zwölf Monaten mindestens einmal Cannabis konsumiert zu haben. Im Jahr 2008 seien es noch 11,6 Prozent gewesen. Aber auch gegen den zügellosen Alkoholkonsum vor allem junger Menschen müsse etwas getan

werden. Hier sollten die Möglichkeiten des Präventionsgesetzes weiter genutzt werden. Mit Blick auf die Crystal-Problemik lobte Krauß den Zwischenbericht der Staatsregierung als wichtiges ressortübergreifendes Lagebild.

// Alexander Krauß

// Simone Lang

// Susanne Schaper

// André Wendt

// Volkmar Zschocke



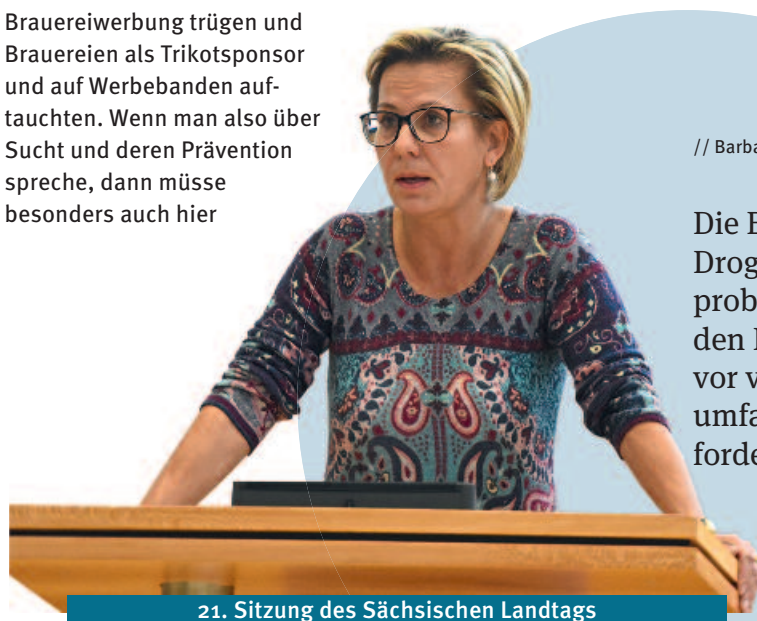
## Mehr Prävention

Im Kampf gegen Drogenmissbrauch müsse auf Prävention gesetzt werden, sagte Simone Lang, SPD. Das beginne im Kindergarten, wo der Grundstein für Leistungs- und Konfliktfähigkeit gesetzt werde. Menschen müssten aufgeklärt und der Reiz der Drogen genommen werden. Es müsse auch für diejenigen Ausstiegchancen geben, die abhängig geworden seien. Was besonders gebraucht werde, das seien Ressourcen für Gesundheits- und Sozialpolitik. Lang verwies darauf, dass ihre Fraktion in den Haushaltsverhandlungen großen Wert darauf gelegt habe, die Gelder für Prävention deutlich zu erhöhen. Das sei gelungen. Die Mittel für die Suchtbehandlungs- und -beratungsstellen würden jährlich um eine Million Euro auf 5,1 Millionen Euro erhöht. Es gebe rund eine Million Euro mehr für den Kampf gegen Crystal. 2,7 bzw. 2,9 Millionen Euro gebe es für Wohnstätten für Drogenkonsumenten und das Projekt »Stationäre Wohnformen für suchtkranke Mütter mit Kindern«.

## Blick auf Suchtbericht

Die Staatsregierung, so Susanne Schaper, DIE LINKE, solle aufhören, sich an ihrer selbst erklärten Großzügigkeit zu berauschen, und einen nüchternen Blick auf den Suchtbericht werfen. Im Jahr 2013 seien ungefähr 85.000 Menschen in Sachsen alkoholabhängig gewesen, 78.000 sogar von starkem Alkoholmissbrauch geprägt. 78 Prozent der Fälle in der stationären Suchtmedizin seien alkoholverursacht. 1.105 Sterbefälle seien im Jahr 2013 auf alkoholbedingte Krankheitsfälle zurückzuführen. Bier- und Alkoholkonsum würden zur Normalität im Alltag. Das beginne schon beim Fußball, wenn in der Kreisliga Vereine auf ihren T-Shirts

Brauereierwerbungen tragen und Brauereien als Trikotsponsor und auf Werbeflächen auftauchen. Wenn man also über Sucht und deren Prävention spreche, dann müsse besonders auch hier



// Barbara Klepsch

Die Bewältigung der Drogen- und Suchtproblematik stellt den Freistaat Sachsen vor vielschichtige, umfassende Herausforderungen.

21. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch

angepackt und gegengesteuert werden, anstatt den Fokus allein auf illegale Drogen zu legen.

## Schwerpunkt Alkohol

André Wendt, AfD, wies darauf hin, dass es im vergangenen Jahr 13.500 Beratungsfälle zur Alkoholsucht in Sachsen gegeben habe. Das seien rund 50 Prozent der gesamten Beratungsfälle. An zweiter Stelle seien mit rund 8.200 Fällen diejenigen zu finden, die illegale psychoaktive Substanzen zu sich genommen hätten und davon abhängig geworden seien. Weitere Suchtfälle wie die Spiel- und Medikamentenabhängigkeit sollten hierbei nicht außer Acht gelassen werden. Der Schwerpunkt liege aber eindeutig auf den beiden zuerst genannten Problemfeldern. Alkoholsucht habe in Sachsen 2014 einen volkswirtschaftlichen Schaden in Höhe von rund einer Milliarde Euro verursacht. Die Krankenkosten bezifferten sich auf rund 120 Millionen Euro. Während die Beratungszahlen bei den Alkoholkranken konstant geblieben seien, hätten sich die crystal- bzw. drogenbezogenen Beratungsfälle in den letzten fünf Jahren allerdings mehr als verdreifacht.

## Keine Erfolgsgeschichte Der richtige Weg

Im Zusammenhang mit Crystal, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, habe die Koalition vieles angekündigt und viele Haushaltsmittel bereitgestellt. Inzwischen habe sich aber eine ganze Reihe von Umsetzungsproblemen bei der Bekämpfung von Crystal offenbart. Die Mittel kämen nach wie vor nicht in den Landkreisen und in den Grenzregionen an, die besonders von Crystal betroffen seien. Gegenwärtig sehe es so aus, dass der Crystal-Prävention im Freistaat Sachsen wohl keine langfristige Perspektive beschieden sei. Aussagen zur kommunalen Folgefinanzierung ab dem Jahr 2017 seien bisher nur aus Chemnitz und Leipzig zu hören gewesen. Ansonsten sei die Anschlussfinanzierung durch die Kommunen bisher völlig unklar. Der 10-Punkte-Plan gegen Crystal sei im Hinblick auf das Thema Prävention bis jetzt offensichtlich noch keine Erfolgsgeschichte. Zumindest aber sei er auf den Weg gebracht worden.

Abschließend betonte Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, dass die Bewältigung der Drogen- und Suchtproblematik den Freistaat Sachsen vor vielschichtige, umfassende Herausforderungen stelle. Was Crystal betreffe, so würden die bereits existierenden Angebotsformen gegenwärtig weiterentwickelt, aber auch neue, innovative Ansätze eine Verstärkung finden. Dies werde durch eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen und die Kooperationen mit den verschiedenen Hilfesystemen gelingen. Sachsen sei dabei auf dem richtigen Weg. Nie zuvor sei das Thema Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe für die sächsische Landespolitik so stark in den Mittelpunkt gerückt worden wie gerade jetzt.



[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

# Hintergrundinformation zum Kampf gegen Crystal

Die synthetisch hergestellte Substanz stimuliert Geist und Körper, sodass Grundbedürfnisse wie Schlafen, Hunger und Durst zurückgestellt, aber auch Empfindungen wie Schmerzen unterdrückt werden können. Die Droge führt extrem schnell in die Abhängigkeit. Langfristige Folgen regelmäßigen Crystal-Konsums sind starke körperliche und psychische Schäden wie zum Beispiel die Schädigung von Haut und Zähnen, das Absterben von Nervenzellen, Halluzinationen, Gedächtnisverlust, Panikattacken und Aggressionen.

## 10-Punkte-Plan

Der im Mai 2014 verabschiedete 10-Punkte-Plan der Sächsischen Staatsregierung zur Prävention und Bekämpfung des Crystal-Konsums reicht von einer Online-Plattform und -Beratung mit allen Informationen auf einen Blick über die Stärkung von Lebenskompetenzen bei Kindern, um die Sucht präventiv zu vermeiden, bis hin zur

// Auf der Tagesordnung der 21. Sitzung des Sächsischen Landtags stand das Thema »Sucht in Sachsen«. Einen Teilbereich der ressortübergreifenden sächsischen Strategie – basierend auf Prävention durch Information, Beratung und Behandlung sowie Repression – bildet die aktuelle Problematik mit der Droge Crystal (Methamphetamin). //

Verbesserung des Lagebildes für Sachsen, mittels dessen alle Informationen und Ermittlungsverfahren in regelmäßigen Abständen in konzentrierter Form abgerufen werden können.

## Fachübergreifendes Lagebild

Für eine verbesserte Datengrundlage wurde im September ein fachübergreifendes Lagebild in Form eines Zwischenberichtes zur Umsetzung des 10-Punkte-Plans vorgestellt. Demnach sind 71 Prozent der Erstkonsumenten heute jünger



[www.crystal.sachsen.de](http://www.crystal.sachsen.de)

als 19 Jahre. Schon mit durchschnittlich 26,7 Jahren suchen sie erstmals Hilfe in einer ambulanten Suchthilfeeinrichtung. Rauschgiftdelikte werden aber in der Mehrheit von Personen über 25 Jahren begangen.

## Verbesserte Prävention

Vor diesem Hintergrund will die Sächsische Staatsregierung eine verbesserte Prävention und mehr Beratung und Unterstützung für Suchtkranke und Suchtgefährdete. Deshalb stärkt sie vorhandene Netzwerke und fördert nachhaltige Projekte in den Kommunen. Im laufenden Haushalt 2015/2016 stehen erstmalig rund 1,3 Millionen Euro für entsprechende Projekte zur Suchtprävention und Sucht-

Foto: © razyph – Fotolia.de

krankenhilfe zur Verfügung. Auch die Suchtberatungs- und -behandlungsstellen erhalten mehr Mittel. Diese wurden um eine Million Euro auf 5,1 Millionen Euro aufgestockt.

## Informationsbedarf

Daneben gab es verschiedene Maßnahmen, dem umfassenden Informationsbedarf Rechnung zu tragen. Unter anderem wurden auch spezielle Fortbildungsveranstaltungen aller Regionalstellen der Sächsischen Bildungsagentur durchgeführt. Das Angebot richtete sich an Ansprechpartner für Gesundheitsförderung und Suchtprävention sowie die Beratungslehrer aller Schularten in Sachsen. Das Land setzt sich zudem dafür ein, dass der Stoff Chlorephehdrin in den Anwendungsbereich der verbotenen Grundsubstanzen fällt. Diese Substanz ist der Ausgangsstoff für die Crystal-Herstellung.

# VW-Desaster

// Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE stand eine Aktuelle Debatte zum Thema »VW-Desaster – Auswirkungen für Beschäftigte im Automobil-Cluster Sachsen rechtzeitig abwenden« auf der Tagesordnung der 21. Sitzung des Landtags. //

**DIE LINKE: Auswirkungen für Beschäftigte im Automobil-Cluster Sachsen abwenden**



21. Sitzung des Sächsischen Landtags



Fotos: S. Giersch

Die VW-Spitze, so Nico Brünler, DIE LINKE, habe betrogen und sei dabei erwischt worden. Die Landesbank Baden-Württemberg gehe von einem Gesamtschaden für den Konzern von 47 Milliarden Euro aus. Vor diesem Hintergrund sei es Fakt, dass der Konzern jetzt sparen und Investitionen auf den Prüfstand stellen müsse. Mit der Krise stelle sich deshalb auch die Frage nach der Zukunft der Automobilbranche hier in Sachsen. Frank Heidan, CDU, entgegnete seinem Vordränger, dass die von diesem genannte Schadenssumme überhaupt noch nicht unteretzt sei. Er warf der Fraktion DIE LINKE vor, mit der von ihr beantragten Aktuellen Debatte Klassenkampf auf dem Rücken eines Konzerns zu führen, der es schon schwer genug haben werde, sein verlorenes Image

wieder zurückzugewinnen. Damit schädige sie die Automobilindustrie im Freistaat Sachsen.

## Arbeitsplätze erhalten

Die Erhaltung der Arbeitsplätze habe für seine Fraktion höchste Priorität, sagte Thomas Baum, SPD. Der Betrug treffe vor allem die ehrlichen und fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Kommunen, in denen VW präsent sei. Anliegen sei es, nun dazu beizutragen, dass weder die Kommunen noch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Schaden ausbaden müssten, den hochbezahltes Personal durch betrügerisches Handeln verursacht habe. Carsten Hütter, AfD, bezeichnete die Auswirkungen des

VW-Desasters als im Moment noch nicht abschätzbar. Mitarbeiter des VW-Konzerns und der Zulieferindustrie in Existenzangst zu versetzen, sei hier der völlig falsche Weg. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass der bekannt gewordene Produktionsfehler der sogenannten A-Klasse von Mercedes dem Unternehmen keinen nachhaltigen Image- und Umsatzverlust beschert habe.

## Ruf nach Konsequenzen

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, definierte das VW-Desaster als ein gravierendes Beispiel für nicht nachhaltiges Agieren in der Wirtschaft. Es müsse vor allem nach Konsequenzen gerufen werden, die solche Desaster

künftig verhindern oder zumindest unwahrscheinlicher machen. Seine Fraktion fordere deshalb, auch grundsätzlich über Kriterien der Ansiedlungs- und Förderpolitik im Freistaat nachzudenken und nicht bei Symptomlinderungsansätzen stehen zu bleiben.

Wirtschaftsminister Martin Dulig bezeichnete den Betrug von VW schlichtweg als »Sauerei«. Das sei vor allen Dingen bedauerlich, weil damit der weit überwiegende Teil der soliden Arbeit eines Weltkonzerns und seiner vielen ehrlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Öffentlichkeit und bei den Kunden in ein schlechtes Licht gerückt werde. Gerade die Kolleginnen und Kollegen brauchten jetzt die Solidarität der sächsischen Landespolitik und keine Schadenfreude.

# In Freiheit und Selbstbestimmung

Abgeordnete debattierten über 25 Jahre Parlamentarismus in Sachsen

Uwe Nösner



22. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Im Gespräch: Patrick Schreiber mit Iris Raether-Lordieck



// Henning Homann

Marko Schiemann, CDU, erinnerte an die Bilder des Glücks, die immer mit der deutschen Einheit verbunden bleiben würden. Mit der friedlichen Revolution sei das Wunder der Einheit auf gewaltlose Weise erstritten worden. Die Wiedervereinigung nach über 40-jähriger Teilung Deutschlands sei auch das Fundament für den Freistaat gewesen. Der Wille zur Demokratie, der Wunsch nach Freiheit und Gerechtigkeit, der Aufbau einer unabhängigen Justiz sowie die Bewahrung der Schöpfung hätten die Arbeit der Abgeordneten der ersten Stunde maßgeblich geprägt. Als eine große Aufgabe hob er die Erarbeitung der Sächsischen Verfassung hervor. Schiemann dankte den Ländern Bayern und Baden-Württemberg, die Sachsen beim Aufbau der Verwaltung unterstützt hätten. Dennoch sei der Aufbau des Freistaats noch lange nicht abgeschlossen. Der Aufbau Ost bleibe eine zentrale Aufgabe.

// Einen Schwerpunkt der 22. Sitzung am 8. Oktober 2015 bildete die Aktuelle Debatte der Fraktionen CDU und SPD zum Thema »In Freiheit und Selbstbestimmung – 25 Jahre Parlamentarismus in Sachsen«. //

## Keine einfachen Antworten

Noch nie, so Hanka Kliese, SPD, seien die Ansprüche an die Politikerinnen und Politiker so hoch gewesen und habe man ihnen so wenig zugetraut wie in unserer Zeit. Noch nie sei die Sehnsucht nach einfachen Antworten

so groß gewesen und die Fragestellungen dazu derart komplex. Die Antworten, die im Moment gegeben werden könnten, seien keine einfachen Antworten. Es sei nicht Aufgabe der Politik, die irrationalen Ängste von Menschen zu befeuern und zu forcieren. Was die Aufnahme von Asylbewer-

bern betreffe, so dürften keine Ängste geschürt werden. Es gelte vielmehr, Regeln für ein gutes Zusammenleben zu schaffen, um diese Situation gemeinsam zu bewältigen.

## Neue Staatspartei

Rico Gebhardt, DIE LINKE, stellte fest, dass von der Aufbruchsstimmung der friedlichen Revolution nach 25 Jahren CDU-Herrschaft in Sachsen wenig bis gar nichts übrig geblieben sei. Die wahren Heldinnen und Helden der friedlichen Revolution von 1989 seien auf die Straße gegangen, um das Einparteiensystem mit angeschlossenen willigen Erfüllungshelfern zu überwinden. Sie hätten Partizipation, Streitkultur und Meinungspluralismus gewollt. Bekommen hätten sie und wir alle eine neue Staatspartei, die mit regelmäßigen patriotischen Parolen, Selbstlob und Ausgrenzungen agiere.



// Sitzungssaal des Sächsischen Landtags im Haus der Kirche / Dreikönigskirche // Foto: M. Hiekel





// Marko Schiemann



// Hanka Kliese



// Rico Gebhardt



// Karin Wilke



// Volkmar Zschocke

Die aktuelle sächsische Demokratie sei ausgesprochen beteiligungsskeptisch und staatsfixiert. An einer vitalen Bürgergesellschaft zeige sie kaum Interesse. Sie handle nach der ausgesprochen konservativen Devise »Viele Köche verderben den Brei«. Die Staatspartei SED habe wenigstens noch die Blockparteien zu Wort kommen lassen. Sachsens CDU aber sei totalitär gestimmt.

## Angst vor dem Volk

Karin Wilke, AfD, ist bei den Festreden zur deutschen Einheit aufgefallen, dass sie von Angst vor dem Volk und dessen Meinungen geprägt gewesen seien. Dabei sei die Seele der Demokratie doch gerade das Recht auf einen freien und fairen Wettbewerb von Meinungen und Haltungen, wie unterbelichtet oder fremd sie auch immer sein mögen. Die Bürger forderten vom Staat die Garantie von innerer Sicherheit, die Durchsetzung von geltendem Recht und sichere Grenzen. Davon sei am 3. Oktober auch im Sächsischen Landtag wenig Verlässliches zu hören gewesen. Dagegen würden in der öffentlichen Diskussion bereits Ja-Aber-Sätze als extrem fremdenfeindlich oder gar rassistisch stigmatisiert. Wo nur ein Ja ohne Wenn und Aber verlangt werde, dort gehe die demokratische Kultur kaputt.

## Mehr direkte Demokratie

Sachsen, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, stehe heute wie vor 25 Jahren wieder vor großen Herausforderungen. Abgeordnete aber würden aus verschiedenen Gründen immer öfter infrage gestellt. Im Parlament würden ein handlungsunfähiger Selbstbedienungsladen und eine Kostenbelastung für den Steuerzahler gesehen. Dieser ernst zu nehmende Vertrauensverlust treffe die Opposition und die Koalition gleichermaßen. Viele Bürgerinnen und Bürger empfänden aber auch ein sehr diffuses Gefühl der Ohnmacht und Bevormundung und einen Graben zwischen sich und der Politik. Deshalb brauche Sachsen nicht nur ein starkes Bekenntnis zu einem starken

Parlament, sondern auch zu mehr direkten demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten.

## Eine neue Generation

Abschließend wies Sebastian Gemkow darauf hin, dass während der letzten 25 Jahre in einem veränderten Land eine komplett neue Generation herangewachsen sei. Im Namen der Staatsregierung und insbesondere als Angehöriger einer Generation, die in besonderem Maße vom Aufbau profitiert habe, bedankte sich der Staatsminister der Justiz bei all jenen

recht herzlich, die zu diesem Aufbau ihren Beitrag geleistet hätten. In diesen Tagen stelle sich mit dem andauernden Eintreffen von Flüchtlingen die vielleicht größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Diejenigen, die ein dauerhaftes Bleiberecht erhielten, müssten in unser Werte- und Rechtssystem integriert werden. Dabei werde die Vermittlung von Religions- und Meinungsfreiheit besonders wichtig sein. Diese Werte seien seit 25 Jahren Stützen unserer freien Gesellschaft und zu keinem Zeitpunkt und für niemanden in diesem Land verhandelbar.



// Sebastian Gemkow

Das andauernde Eintreffen von Flüchtlingen ist die vielleicht größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung.

22. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher



22. Sitzung des Sächsischen Landtags

Uwe Nösner

// Die AfD-Fraktion beantragte eine Debatte, die unter dem Titel »Gründe für die Glaubwürdigkeitskrise der Medien und Politik« auf der Tagesordnung der 22. Sitzung des Sächsischen Landtags am 8. Oktober 2015 gestanden hat. //

die AfD sei dazu verpflichtet, Interessen in den Sächsischen Landtag einzubringen und diese Interessen in einem fairen Ausgleich im Meinungsstreit zu vertreten. Worthülsen und Denunziationen wie »Volksverräter« und »Lügenpresse« seien dazu aber nicht geeignet. Hanka Kliese, SPD, nahm auf die Angriffe auf Journalisten Bezug. Wenn die AfD sich im Parlament von diesen Angriffen bei PEGIDA glaubwürdig distanzieren wolle, dann sollte sie sich auch von dieser Bewegung distanzieren. Sie wünsche sich, dass sich die AfD-Fraktion von Menschen distanzieren, die Gewalt gegenüber Ausländern und Journalisten ausübten. Wenn sich die AfD über die Lügenpresse beschwere, dann sollte sie bei sich selbst beginnen und keine Lügenpressemittteilungen mehr verfassen.

**Mehr Respekt**

Die AfD, so Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, erhalte ausreichend Aufmerksamkeit. Aber wenn Journalisten von den Parteitagen ausgeschlossen würden und sich danach aufgeregt werde, dass die Presse nicht berichte, dann habe die Partei ein Problem mit der eigenen Logik. Glaubwürdigkeit in der Politik sei eine Herausforderung. Nur populistische Parteien wie die AfD müssten sich darum nicht kümmern, weil jeder wisse, dass sie keine glaubwürdige und lösungsorientierte Politik machten. Abschließend rief Staatskanzleichef Fritz Jaeckel zu mehr Respekt in der politischen Auseinandersetzung auf. Es würden mehr Kultur und weniger polarisierender Streit, mehr Fakten und Sachlichkeit und weniger Rechthaberei gebraucht. Stattdessen griffen Populismus und Diffamierung um sich. Da werde aus Verwahrlosung im Denken eine Verwahrlosung im Handeln. Das habe nichts mehr mit Meinungsfreiheit zu tun. Es sei undemokratisch und mache unser Zusammenleben kaputt.

# Glaubwürdigkeitskrise

AfD: Eine Gefahr für die Demokratie

Dr. Kirsten Muster, AfD, bezeichnete die Glaubwürdigkeitskrise von Medien und Politik als ein schleichendes Gift für die Demokratie in Deutschland. Viele Bürger fänden sich mit ihrer Wahrnehmung in den Medien nicht mehr vertreten. Sie hätten den Eindruck, von Politik und Medien belehrt zu werden, welche Meinung sie haben sollten. Eine ausgewogene und neutrale Berichterstattung unter Einbeziehung verschiedener Perspektiven finde oft nicht statt. Nach Auffassung von Aline Fiedler, CDU, seien die Anforderungen der Medienräte an Qualitätsjournalismus sehr hoch: Zuverlässigkeit, Schnelligkeit, Glaubwürdigkeit, Themenvielfalt, Meinungspluralismus und kein Eigeninteresse gehörten dazu. Das alles sei

nicht zum Nulltarif zu bekommen. Es dürften nicht nur Anforderungen formuliert, sondern es müsse auch deutlich gemacht werden, dass dahinter harte Arbeit stecke, die ihren Preis habe. Der Nutzer müsse dazu bereit sein, diese zu bezahlen.

**Zündeln an Werten**

Sebastian Scheel, DIE LINKE, warf der Antragstellerin vor, einen Keil zwischen die Bevölkerung und die veröffentlichenden Medien zu treiben. Das sei Zündeln an den Werten und Grundfesten der Demokratie. Auch



// Sebastian Scheel //  
Fotos: R. Deutscher

# Tag der Deutschen Einheit: Historische Dimension gewürdigt

Foto: S. Giersch

// Die traditionelle Feierstunde des Sächsischen Landtags am 3. Oktober stellte die deutsche Einheit in den weltgeschichtlichen Kontext. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und Staatsminister Martin Dulig würdigten neben der Aufbauleistung der Deutschen die damals erfahrene europäische Solidarität; die Festredner Frank Richter und Sir Christopher Clark betonten die tief greifenden Zäsuren des Ereignisses aus sächsischer und europäischer Sicht. //

# Jubiläum im Zeichen



// Dr. Matthias Röbler



// Martin Dulig



// Frank Richter

## Dr. Matthias Röbler: Wir müssen unsere Grenzen kennen

»Die deutsche Einheit war eine sächsische und ostdeutsche, eine nationale, aber auch eine europäische und weltgeschichtliche Leistung. Die Sachsen haben damals nach Freiheit sowie nach Selbstbestimmung gerufen und dabei immense innerdeutsche und europäische Solidarität erfahren«, erinnerte der Präsident des Sächsischen Landtags an den 3. Oktober 1990, zugleich auch der Tag der Wiedergründung des Landes Sachsen.

»Das dürfen wir nie vergessen, sind wir es doch heute, deren Solidarität und Hilfe benötigt werden«, schlug Landtagspräsident Dr. Röbler die Brücke zu den aktuellen Herausforderungen im Umgang mit der Flüchtlingsfrage. »Aber wir müssen auch unsere Grenzen kennen, die Grenzen unserer Leistungskraft, unserer Integrationsfähigkeit, unseres Staates. Wer diese Grenzen aus dem Blick verliert, gefährdet die Stabilität unseres Gemeinwesens und verspielt die vor einem Vierteljahrhundert so hart errungene Gestaltungsfähigkeit der eigenen Verhältnisse.«

## Martin Dulig: Wir stehen vor einer Zäsur

»Die Aufbauleistung, die wir Ostdeutschen seit der Wiedervereinigung vor 25 Jahren erbracht haben, ist enorm. Verglichen mit 1990 ist die wirtschaftliche Entwicklung des Ostens ein voller Erfolg. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir dies mit höherer Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und niedrigen Löhnen bezahlt haben. An der Vollendung der sozialen Einheit, an der Angleichung der Lebensverhältnisse, müssen wir deshalb weiterhin arbeiten«, zog Martin Dulig, stellvertretender Ministerpräsi-

dent des Freistaates und Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Bilanz nach 25 Jahren deutscher Einheit.

»Entscheidend für die Zukunft des Freistaates wird aber der Umgang mit Zuwanderung und der derzeitigen Flüchtlingssituation werden. Es müssen jetzt die notwendigen politischen Entscheidungen getroffen werden, um die vielen Menschen, die in ihrer Not zu uns kommen, nicht nur freundlich zu begrüßen, sondern dauerhaft bei uns zu integrieren«, so Dulig weiter.

»Wenn wir unser großes Ziel, nämlich eine menschenwürdige Behandlung der zu uns Geflüchteten, erreichen und die große Herausforderung der Integration annehmen wollen, müssen wir die Flüchtlingswelle eindämmen, ja, sie zeitweise stoppen.«

## Frank Richter fordert offenen Dialog zwischen Politik und Gesellschaft

Frank Richter, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, verwies in seiner Rede auf die Veränderungen der vergangenen 25 Jahre, die besonders für die Menschen im Osten tief greifend und umfassend gewesen seien. »Ich sehe Erscheinungen von Erschöpfung. Diese treten gerade jetzt zutage, da sich unsere Gesellschaft erneut auf große Veränderungen einzustellen hat.« Zum offenen Dialog zwischen Politik und Gesellschaft gebe es keine vernünftige Alternative, so Richter weiter, der zugleich davor warnte, »die existenziellen Nöte der Flüchtlinge gegen die berechtigten Sorgen und Fragen der ansässigen Bevölkerung auszuspielen«. Vielmehr müsse es darum gehen, »die Veränderungen im Ausgleich zwischen dem Bewahren und dem Erneuern, im gegenseitigen Respekt und kultiviert zu gestalten«, betonte Richter. »Demokratie geht nur mit Demokraten.«

// Sir Christopher Clark //  
Fotos: S. Giersch

# der Flüchtlingsfrage

Feierstunde zum 25. Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2015

// 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands war die Feierstunde im Sächsischen Landtag Anlass, die internationale Dimension der historischen Ereignisse zu beleuchten und diese den Betrachtungen eines sächsischen Bürgerrechtlers gegenüberzustellen. Die Festreden hielten Frank Richter, Mitgründer der Gruppe der 20 in Dresden während der friedlichen Revolution, sowie Sir Christopher Munro Clark, Historiker aus Cambridge. Mit Blick auf die Gegenwart bestimmte der Umgang mit den steigenden Flüchtlingszahlen die Festveranstaltung. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und Martin Dulig, stellvertretender sächsischer Ministerpräsident, sprachen von Grenzen bei der Aufnahme. //



## Sir Christopher Clark: Europäische Union ist unverzichtbar

Der Historiker Sir Christopher Clark bezeichnete die Ereignisse der Jahre 1989/90 als einschneidende Zäsur für die Menschen, die tiefe Spuren hinterlassen habe. Die Vereinigung sei kein punktuellere Ereignis, sondern ein Prozess, der nach wie vor im Gange sei und dabei eine stetig wachsende Akzeptanz erfahre. Mit dem Ende des Kalten

Krieges, so Clark weiter, sei ein multipolares Mächtegefüge in der Welt entstanden, das mehr Unberechenbarkeit in sich trage. Trotz aller Schwierigkeiten und Alleingänge der Nationalstaaten im Umgang mit aktuellen Krisen sei die Europäische Union unverzichtbar und darüber hinaus auf das Engste mit Deutschland verbunden. »Die deutsche Frage war schon immer eine europäische Frage.« Für die Zukunft sei es wichtig, dass die Politik noch klarer ihre

Anliegen und Positionen kommuniziere und zugleich die Nationalstaaten ihre Egoismen zurückstellten.

### Hintergrund

Seit 1991 führt der Sächsische Landtag als einziges deutsches Länderparlament jedes Jahr am Tag der Deutschen Einheit eine Festveranstaltung durch. An ihr nehmen traditionell Abgeordnete des Landtags, des Bundestages, Mitglieder der Staatsregierung

und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Sachsen teil. Außerdem waren erneut zahlreiche Bürgerinnen und Bürger unter den Gästen. 2016 ist Sachsen Ausrichter der zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit.



Hans-Peter Maier

# »Die sind ganz schön aufgeregte!«

Tag der offenen Tür im Sächsischen Landtag

Ah ja. Mit Jubiläen ist das aber so eine Sache: zählt man nun die Häufigkeit, ohne die Jahre zu berücksichtigen, und ruft bei jedem Zehner zum großen Ereignis, oder zählt man die Jahre? Was wertet man bei einer Leiter? Sprossen – oder Zwischenräume? Man kommt zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Den Tag der offenen Tür, wie wir ihn kennen, mit einem Nachmittagsprogramm zwischen 14 und 18 Uhr für die gesamte Familie, gibt es seit 1995. Das sind bis heute 20 Jahre, aber 21 Veranstaltungen. Da haben wir die feierliche Schlüsselübergabe des damaligen Finanzministers Georg Milbradt an den ersten Präsidenten des

// »Das ist doch eine stolze Zahl!« Der freundliche Mitbürger, der auf »viele Jahre als ständiger Gast beim Tag der offenen Tür« zurückblicken konnte, freute sich am Nachmittag des 3. Oktober ehrlich. Ein Jubiläum sei es in jedem Fall, da wir ja heute zum zwanzigsten Mal dieses Fest feiern könnten. //

Sächsischen Landtags, Erich Iltgen, mit anschließender erstmaliger Besichtigung des Neubaus am 13. Februar 1994 gar nicht mitgerechnet. Aber egal wie wir's rechnen: zwei Dekaden haben wir erreicht.

Nun könnte man meinen, dass sich auch solch eine Veranstaltung abschleife, weil sie ja im Grunde mehr oder weniger jedes Jahr dasselbe bietet. Kaum einer von Ihnen, liebe Leser, sieht das so und glaubt, der Tag der offenen Tür sei verzichtbar. Im Gegenteil, der Besucherstrom in den Sächsischen Landtag bleibt ungebrochen stark: In diesem Jahr waren es mit gut 6.000 Gästen in knapp





Fotos: O. Killig



vier Stunden deutlich mehr als im vergangenen Jahr.

Das Konzept, nach dem sich jedes Jahr die Stadt, die im Folgejahr den Tag der Sachsen ausrichtet, mit einem bunten Potpourri ihrer Vereinskunst an fünf verschiedenen Punkten (Eingangsbereich, Lobby, Terrasse, Innenhof und natürlich Plenarsaal) im Sächsischen Landtag präsentiert, hat sich über viele Jahre bewährt.

### Eine Stadt, die viel zu bieten hat

Limbach-Oberfrohna ist der Ausrichter 2016; endlich, mochte man gedacht haben – nach drei Bewerbungen –, und war deshalb am 3. Oktober im Gebäude des Landtags präsent. Dies war sehr zur Freude des Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, der zusammen mit dem Oberbürgermeister von Limbach-Oberfrohna, Dr. Jesko Vogel,

den Tag der offenen Tür traditionsgemäß im Plenarsaal eröffnet hatte und die wirtschaftlichen und kulturellen Besonderheiten der Stadt als »für das weitere Wachstum des Freistaates sehr wichtig« bezeichnete: »Die Stadt wird sich von ihrer besten Seite zeigen, da bin ich mir sicher!«

Verstärkung hatten sie sich in Gestalt von »Limbo« mitgebracht. Nein, nicht der Tänzer, der tief nach hinten gebeugt und ohne den Boden zu berühren unter der Tür durchtanzt. Der nicht! »Limbo« ist das Maskottchen der 24.000 Einwohner zählenden Stadt in der Nähe von Chemnitz; irgendwie ein Bär mit großen Füßen und einem englisch anmutenden Motto auf der Brust, das die Liebe zur Stadt unterstreicht.



Fritzi Hähnel, stimmstarkes Mitglied des »Voicepoint Choir«, machte für alle klar: Wir sind selbstbewusst. Wer will schon nach LA, wenn LO »so viel Schönes« zu bieten hat. Der Chor, bestehend aus vier Töchtern und zwei Söhnen der Stadt, be- und verzauberte alle diejenigen, die Chorgesang – fast a cappella – von Gospel bis Musical zu schätzen wissen. Ein Lob auch von dieser Stelle an die Chefin, Conny Fröhlich, deren Engagement durch alle Vortragssequenzen hindurch

von den Mitgliedern des Ensembles ganz wunderbar erlebbar gemacht wurde.

Mit von der Partie waren auch die »Dancing Leaves Cheerleader«, die mit viel ausgereifter Akrobatik zu nicht ganz leiser und durchrüttelnder Musik den Plenarsaal in eine Tanzbühne verwandelten. Die Regie des Nachmittags brachte es mit sich, dass die Damen und Herren zweimal hintereinander auftreten mussten: ein sportiver Nachmittag der Sonderklasse.



Foto: O. Killig

Schützlinge nur zu gut: »Mein Gott, sind die aufgeregt!« Das tat der Modenschau, in der eine der Schülerinnen sogar ihre eigenen Kreationen vorstellte, im Ergebnis aber überhaupt keinen Abbruch.

Das Programm im Plenarsaal wurde ergänzt durch Hüpfburg, Schminken und die Präsentation des kleinsten Ladens der Stadt, des »Marmelädchens«, des Guidohofs, der »gesundes Kochen« vorstellte. Sie warben für Limbach-Oberfrohna, haben einen guten Job und uns Appetit gemacht auf den Tag der Sachsen 2016. Ausreichende Gründe, dem Slogan der Stadt zu folgen: »Come to L.-O.«.

### Nicht ganz ohne Lampenfieber

Eine Modenschau im Plenarsaal ist selten. Dieses Mal waren die Akteure Schülerinnen und Schü-

ler der Berufsschule in Limbach-Oberfrohna. Der »Laufsteg« führte über die Treppen in den Plenarsaal und das Vorzeigen der Textilien wurde immer begleitet von aufrichtigem Beifall.

Allerdings hätte sich der eine oder andere mehr Verweildauer, mehr Ruhe und ausge dehntere Posen gewünscht. Die verantwortliche Pädagogin, Dagmar Weißbach, kannte ihre

## Unser Herz schlägt für Sachsen – Sächsischer Landtag zeigt Herz für kranke Kinder

Der Sächsische Landtag hat das 140 Zentimeter hohe Herz mit der Aufschrift »Unser Herz schlägt für Sachsen« gegen eine Spende in Höhe von 1.500 Euro erworben. Das Parlament unterstützt damit krebskranke Kinder und Jugendliche im Freistaat. Alle Einnahmen der Aktion »Unser Herz schlägt für Sachsen« werden für Projekte der Universitätskinderklinik und des Sonnenstrahl e. V. Dresden eingesetzt. Ursula Herrmann, Initiatorin der Herzaktion, und Helma Orosz, Schirmherrin des Sonnenstrahl e. V. Dresden, übergaben das grün-weiße Herz am 3. Oktober 2015 auf dem Bernhard-von-Lindenau-Platz an den Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röb-ler. »Es ist dem Sächsischen Landtag ein Herzensanliegen, diese wichtige

Aktion zu unterstützen und damit einen kleinen Beitrag zu leisten sowie erkrankten Kindern und ihren Familien zu helfen«, betonte Dr. Röb-ler.

### Hintergrund Sonnenstrahl e. V.:

Wenn Kinder an Krebs erkranken, bedeutet das für deren Familien ebenfalls eine enorme Belastung. Im »Sonnenstrahl e. V. Dresden – Förderkreis für krebskranke Kinder und Jugendliche« engagieren sich über 600 Mitglieder für die Belange an Krebs erkrankter Kinder und ihrer Familien. Er wurde vor 25 Jahren von einer kleinen Gruppe betroffener Eltern, von Ärzten und Schwestern gegründet. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Kindern,



// Dr. Matthias Röb-ler, Ursula Herrmann und Helma Orosz // Foto: S. Giersch

aber auch ihren Eltern und Geschwistern soziale, psychologische und finanzielle Unterstützung in ihrer schwierigen Lebenssituation zu geben. Dazu gibt es zahlreiche Projekte wie

Musik-, Sport- und Kunsttherapien, aber auch die Betreuung von Geschwistern und das Angebot von Elternwohnungen im Elternhaus des Vereins unweit der Uniklinik.



# Forum Mitteleuropa tagte in Österreich

Foto: Atelier Trat

// Gastgeber der diesjährigen Konferenz des Forums Mitteleuropa war das Mitgliedsland Österreich; getagt wurde im Stift Klosterneuburg bei Wien. Im Mittelpunkt stand das Thema »Mitteleuropa 2015 – Stabilität und Krise?«. Historiker, Journalisten und andere Experten diskutierten darüber, wie angesichts aktueller Entwicklungen, besonders der anwachsenden Migrations- und Flüchtlingsströme, die politische Stabilität in Europa bewahrt bleiben könne. //





Hans-Peter Maier

# Mitteleuropa 2015 – Stabilität

In Klosterneuburg ging das »Forum Mitteleuropa« in die sechste Runde

Im Folgejahr gaben eine Podiumsdiskussion (»Visionen für Mitteleuropa im Spannungsfeld von Kunst und Politik« am 24. Mai) und eine Konferenz (»Kulturen in Mitteleuropa: Erinnern, Fördern, Gestalten« am 8./9. Oktober) der politischen Initiative Rößlers ein Gesicht.

Auf Einladung des tschechischen Senatspräsidenten Milan Stech tagte das Forum am 28. Juni 2013 erstmals im Ausland, und zwar im Waldstein-Palais in Prag zum Thema »Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten«. Im vergangenen Jahr hatte das Forum mit Unterstützung des Breslauer Stadtpräsidenten Rafał Dutkiewicz nach Polen und dort für den 7. Mai ins Breslauer Rathaus eingeladen (»Werte in Mitteleuropa: Solidarität und Freiheit«). Mit der Konferenz 2015 in Klosterneuburg

// Den Anfang machte die konstituierende Sitzung am 29. September 2011 im Dresdner Ständehaus. Damals waren acht Kuratoren aus Österreich, Polen, der Slowakei, aus Tschechien und Ungarn dem Ruf des Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, gefolgt und hatten das »Forum Mitteleuropa« aus der Taufe gehoben. //

bei Wien (»Mitteleuropa 2015 – Stabilität und Krise?«) hat das Forum nun bereits in drei mitteleuropäischen Staaten außerhalb Sachsens Themen erörtert, die nicht nur in Mitteleuropa von hoher Relevanz sind.



## Aktuelles Thema

Vor dem Hintergrund der griechischen Staatskrise, des bevorstehenden Referendums der Briten über die Zugehörigkeit zur EU und der rapide anwachsenden Flüchtlings- und Migrationsströme aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten dränge sich die Fragestellung »Quo vadis, Mitteleuropa?« förmlich auf, schwor Rößler die Teilnehmer auf die Konferenz ein. Deutschland komme bei der Lösungsfindung eine besondere Rolle zu, sagte Rößler und lehnte sich dabei an Heinrich von Brentano an, der von einer »relevanten europapolitischen Rolle« Deutschlands in einer für Europa unverzichtbaren »integratorischen Debatte« gesprochen hatte. Das besitze vor dem Hintergrund der erforderlichen ge-



»Lassen Sie uns das Gespür entwickeln, ein kleiner Teil eines fest verwurzelten Ganzen zu sein«, lenkte der österreichische Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, den Blick der knapp 100 Gäste auf die Europäische Union (EU). Seine Aufgabe, die er seit einem knappen Jahr mit »großem Enthusiasmus« wahrnehme, hätte ihm gezeigt, wie wichtig europäisches Denken

Nichthandeln Probleme eher größer würden. Zum einen sei Bildung – gerade in einer Zeit, die durch Migration und interkulturelle Begegnungen gekennzeichnet sei – ein nicht hoch genug einzuschätzender Kern einer freien Bürgergesellschaft: »Wer die Prophylaxe beginnt, wenn es bereits brennt, fördert die Katastrophe.« Als Zweites richtete Hahn den Blick auf den Nahen Osten. Auch dort werde durch Unentschlossen-

zichtbaren Werten werden!« Europa sei groß, wenn es um finanzpolitischen Einfluss gehe, aber klein im Denken. Hier komme den Mitteleuropäern eine große Verantwortung zu, unterstrich der EU-Kommissar: »Mitteleuropa kann Überzeugungsarbeit für Gemeinsamkeiten leisten und auch dafür, dass der Eisene Vorhang nicht wiedererstehen kann!«

Unter dem Titel »Was hält Mitteleuropa zusammen?« diskutierten Politiker, Wissenschaftler und Journalisten danach in zwei Runden noch am Vormittag über »Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur« und am Nachmittag über »Kultur und Sprache als Quellen der Vielfalt«.

In seinem Schlusswort mahnte der österreichische Publizist Erhard Busek, ehemaliger Botschafter und Kura-

Fotos: Atelier Trat

# und Krise?

samteuropäischen Solidarität heute für ganz Mitteleuropa Gültigkeit.

Niemand hatte geahnt, wie aktuell das für die Konferenz in Klosterneuburg gewählte Thema werden sollte, und gleich zu Beginn der Veranstaltung war klar, wie sehr die Flüchtlings- und Asylproblematik die Konferenz beeinflussen würde. Der Präsident des Landtags von Niederösterreich, Hans Penz, mahnte Geldgeber und Haushälter, die Flüchtlingsströme als Chance zu begreifen: »Europa wächst von unten nach oben; dafür ist eine substanzielle Finanzierung von Regionen und Kommunen essenziell«. Stabilität sei, so Penz weiter, letztlich ein Prozess, in dem Liberalität durchaus an Grenzen stoßen könne: »Ein offener Staat ist kein entgrenzter Staat!«

geworden sei: »Wir müssen uns von kleinstaatlichem und partiellem Denken verabschieden«, sagte der frühere österreichische Wissenschaftsminister (ÖVP).

## Völker sind gleichberechtigt

Der EU-Kommissar warb für eine deutlichere Fokussierung auf »Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht« in der EU, aber auch weltweit, und erteilte »konfliktfördernden Egoismen« eine klare Absage: »Jegliche staatspolitische Aktivität muss sich zumindest auf eine wie auch immer geartete staatlich fundierte Vereinbarung oder auf ein UN-Mandat berufen können!«

Er nannte zwei Beispiele, die deutlich machten, wie durch



heit und Verzagtheit Unheil billigend in Kauf genommen: »Wenn die Hoffnung auf einen eigenen Staat in Palästina schwindet, nimmt die Lust, zu bleiben, ab.«

Selbstkritisch schloss Hahn sein Impulsreferat mit der Feststellung, dass Europa viel zu lange ohne Vorschläge geblieben sei, wie auf die tagesaktuellen Geschehnisse hätte reagiert werden können: »Wir können uns der Realität nicht verschließen und müssen zuvörderst Sorge dafür tragen, dass Verantwortung, Solidarität und Stabilität wieder zu unver-

tor des Forums, zu mehr Gelassenheit beim Zusammenwachsen: »Unterschiede können nicht beseitigt werden. Aber wir müssen alles daransetzen, Vorurteile als solche zu enttarnen und sie abzubauen!«



Hier verweisen wir gern auf die Anfang des kommenden Jahres erscheinende Broschüre, die alle Reden und Diskussionen der diesjährigen Konferenz des Forums Mitteleuropa in Klosterneuburg dokumentieren wird.



// Asyl Erstaufnahmezentrum Traiskirchen // Foto: dpa

Ivo Klatte

# Flüchtlingsproblem lässt sich nur gemeinsam lösen

Landtagsdelegation nach Arbeitsbesuch in Niederösterreich

// Ganz im Zeichen der Asyl- und Flüchtlingspolitik stand die Reise von Abgeordneten des Sächsischen Landtags im September nach Niederösterreich. //

Auf Einladung des Landtags von Niederösterreich weilte eine zehnköpfige Delegation unter Leitung des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler vom 21. bis 23. September in Österreich. Ziel der Reise war es, den bereits in den zurückliegenden Jahren intensiv geführten Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit den Kollegen aus Niederösterreich fortzusetzen. Der Delegation gehörten die Abgeordneten Andrea Dombois, Ines Springer, Lars Rohwer, Volker Tiefensee

(alle CDU), Dr. Jana Pinka und Susanne Schaper (beide LINKE), Thomas Baum (SPD), André Wendt (AfD) und Dr. Claudia Maicher (GRÜNE) an.

Im Mittelpunkt des Arbeitsbesuches stand der Austausch über die Flüchtlings- und Asylpolitik. Einig waren sich die Abgeordneten beider Parlamente, dass die aktuellen Probleme nur gemeinsam auf europäischer Ebene gelöst werden können und dafür eine enge Kooperation Deutschlands und Österreichs unerlässlich sei.

## Austausch mit Bundesinnenministerin

Zum Auftakt der Gespräche stand die österreichische Bundesinnenministerin Johanna Mikl-Leitner den Parlamentar-

iern für einen Gedankenaustausch zur Verfügung. Einleitend verwies sie darauf, dass sich alle 28 Mitgliedsstaaten der EU an der Bewältigung der durch die große Zahl an Flüchtlingen entstandenen Probleme

// Landtagspräsident Dr. Rößler, Bundesinnenministerin Johanna Mikl-Leitner, Landtagspräsident Penz // Foto: Franz Klingenbrunner



// Luftaufnahmen Asyl Erstaufnahmezentrum Traiskirchen // Foto: dpa

beteiligen müssten, und warb für die Einrichtung von Registrierungscentren an den EU-Außengrenzen (sogenannter »hot spots«). Mikl-Leitner warnte ausdrücklich vor einem Scheitern der Europäischen Gemeinschaft an diesen Fragen. Die Ministerin äußerte ihre Hoffnung, dass sich auch die USA stärker engagieren, insbesondere bei der Schaffung von Lebensverhältnissen in den Herkunftsländern, die eine Flucht unnötig werden lassen.

Die Flüchtlingsbeauftragte des Landes Niederösterreich, Doris Schulz, sowie ein Fachmann aus dem Bundesinnenministerium gaben den sächsischen Abgeordneten einen detaillierten Einblick in das

geregelt. Wesentliche Ziele dieser Vereinbarung sind die Vereinheitlichung der Versorgung im gesamten Bundesgebiet sowie die gleichmäßige Verteilung der Asylsuchenden unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl auf die einzelnen Bundesländer. Die konkrete Ausgestaltung auf Landesebene regelt in Niederösterreich ein entsprechendes Gesetz.

### Besuch in Erstaufnahmestelle

Im Anschluss an die Fachgespräche besichtigten die Delegationsteilnehmer eine der beiden Erstaufnahmestellen



kalte Jahreszeit –, die medizinische Versorgung sowie die Arbeit des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl im Mittelpunkt. Anschließend

### Termin zur Spitzenforschung

Am letzten Tag ihres Aufenthaltes in Niederösterreich besichtigte die sächsische Delegation eines der weltweit modernsten Zentren für Krebsforschung und Krebstherapie. Ab 2016 sollen im »MedAustron« in der Wiener Neustadt Krebspatienten mit einer Ionentherapie behandelt werden. Die Bestrahlung erfolgt dabei mit Kohlenstoffionen oder Protonen. Diese ist im Vergleich zur herkömmlichen Strahlentherapie schonender für das umliegende gesunde Gewebe.



// Sächsische Delegation mit Abgeordneten des Landtags Niederösterreich und dem Geschäftsführer von MedAustron Alfred Zens (Mitte) // Foto: Franz Klingensbrunner

österreichische Fremden- und Asylwesen. Dabei ging es insbesondere um Verfahrensfragen sowie die Formen der Unterbringung und die Versorgung der Flüchtlinge. Die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür sind in Österreich in einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern

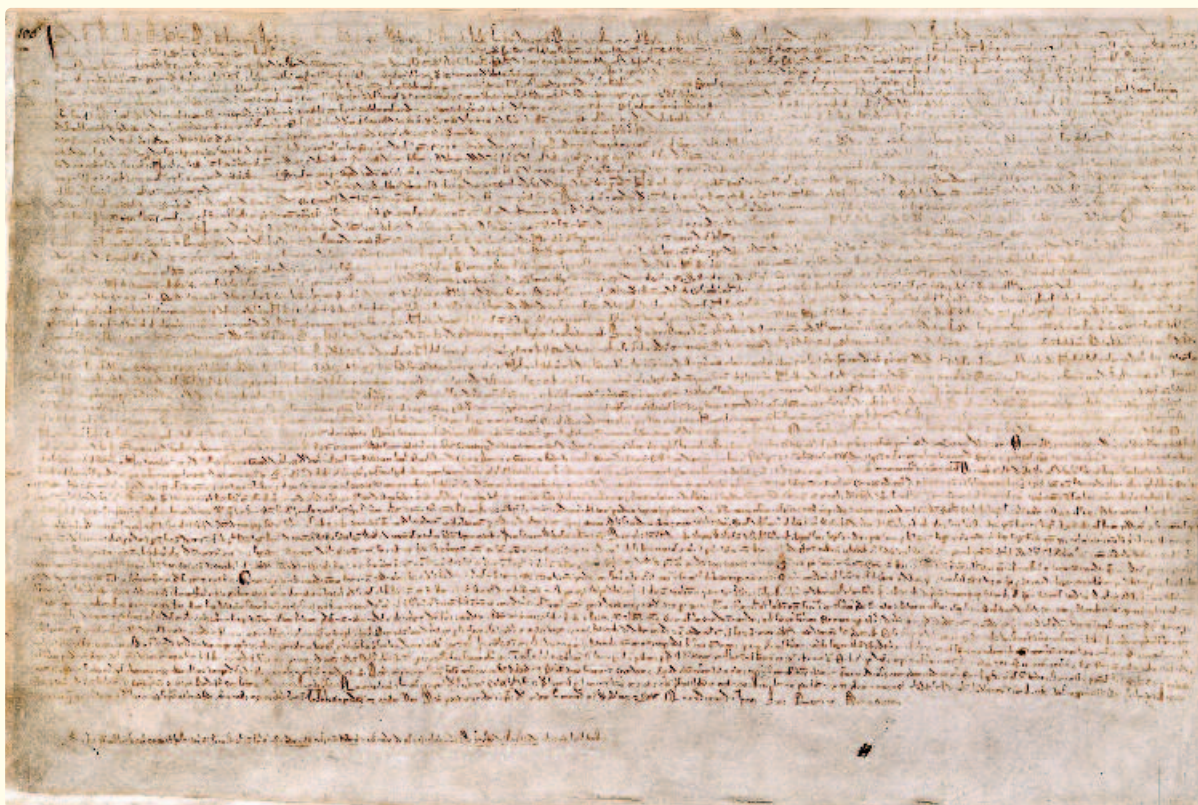
Österreichs in Traiskirchen. Dort waren zum Zeitpunkt des Besuchs über 2.500 Asylsuchende und Flüchtlinge in festen Gebäuden und einem angrenzenden Zeltlager untergebracht. Dort standen Fragen der Unterbringung der Bewohner – insbesondere mit Blick auf die anstehende

besuchten die Gäste aus Sachsen die Flüchtlingsunterkunft St. Gabriel in Maria Enzersdorf. In der von der Caritas betreuten Einrichtung finden Flüchtlinge mit erhöhtem Betreuungsbedarf (z. B. chronisch Kranke) sowie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ein Zuhause.



#### Die Region Niederösterreich

- größtes Bundesland von Österreich (19.177 km<sup>2</sup>)
- 1,6 Millionen Einwohner
- zentrale Lage im Herzen der Europäischen Union (EU) – Drehscheibe zwischen Süd- und Nordeuropa sowie West- und Osteuropa
- Landeshauptstadt: St. Pölten (seit 1986)
- Niederösterreichischer Landtag: 56 Abgeordnete (Präsident: Ing. Hans Penz)



// Magna Carta libertatum, die »große Urkunde der Freiheiten«

*Josephine Mey/Matthias Kopietz*

# Making Constitutions in Saxony

Präsentation sächsischer Verfassungen in London

Im Jahre 1215 trafen sich der englische König John und viele seiner rebellierenden Barone auf der Wiese Runnymede bei London. Hier unter freiem Himmel forderten die aufbegehrenden Adligen erstmalig, ihre Rechte zu verschriftlichen. Die Magna Carta libertatum, die »große Urkunde der Freiheiten«, fixierte die Vereinbarungen dieses Treffens. Sie gilt europaweit als erstes Doku-

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen nicht allein interessante Quellen zum Vorschein. Auch über Aktivitäten der Beteiligten wird immer wieder zu berichten sein. //

ment, das Königsherrschaft begrenzte und politische Mitsprache ermöglichte.

Vor dem Hintergrund des 800-jährigen Jubiläums dieses geschichtsträchtigen Ereignisses kamen Anfang Juli 2015

zahlreiche Parlamentsforscher zur 66. Tagung der ICHRPI in der britischen Hauptstadt zusammen. Diese Veranstaltung der internationalen Vereinigung von Landtags-, Parlaments- und Ständehistorikern hatte

das Thema »Making Constitutions, Building Parliaments« zum Schwerpunkt. Sie eröffnete ein breites Spektrum von Einblicken in unterschiedlichste Forschungsvorhaben zur Parlamentsgeschichte. Die Themen reichten von mittelalterlichen Beschwerdeschriften über moderne und vormoderne Parlamente einzelner Staaten bis hin zur aktuellen Europäischen Verfassung.

## Dresdner Beiträge

Das Graduiertenkolleg zur Geschichte der Sächsischen Landtage stellte in London vor, wie unterschiedlich die sächsischen Verfassungen von 1831 bis 1992 die Rolle der Landtage definierten. Im renommierten Portcullis House, in dem die Abgeordneten des Unterhauses (House of Commons) ihre Büros haben, eröffnete Andreas Hoffmann die Konferenz-Session »Making Constitutions in Saxony«. Sein Beitrag befasste sich mit der ersten sächsischen Verfassung von 1831. Der europaweite Aufruhr von 1830 ermöglichte es, Sachsen zu einem konstitutionellen Königreich zu machen und Staatsreformen in

blieb mit verschiedenen Änderungen bis 1918 gültig und war damit in Sachsen bisher am längsten in Kraft.

Als zweiter Redner des Panels zeigte Janosch Pastewka, wie sich in der sächsischen Verfassung des Jahres 1920 der Geist der Zeit widerspiegelte. Diese Konstitution war in der Sicht ihrer Väter und Mütter ein Symbol für den Fortschritt. Sie symbolisierte die Einigkeit und Übereinkunft der politischen Mehrheit in den frühen Jahren der Weimarer Republik. Die Verfassung galt auch in Sachsen als ein Element der Ordnung, um Chaos und Aufruhr entgegenzutreten. Heute gilt sie als erste demokratische Verfassung Sachsens,



// Die Referenten während des abendlichen Festdiners. V.l.n.r. Andreas Hoffmann, Edith Schriefl, Janosch Pastewka, Caroline Förster // Foto: Amalia Maria Kohl

Gang zu setzen. Inspiriert von dem Vorbild anderer deutscher Staaten entwarfen zwei Minister je eine Verfassung. Anschließend beriet die noch frühneuzeitliche Ständeversammlung Sachsens die erste geschriebene Verfassung des Lands. König Anton hat sie später in Anwesenheit des Landtages feierlich erlassen. Die meisten Paragraphen der Konstitution betrafen das neue Zweikammerparlament. Es erhielt zwar ein Budgetrecht, sollte aber nach dem Willen der Staatsspitze in vielen Dingen nur beraten. Diese Verfassung

weil sie auf Volkssouveränität basierte sowie ein gleiches und geheimes Wahlrecht für Männer und Frauen einführte.

Die politischen Parteien, die 1947 eine sächsische Verfassung erarbeiteten und verabschiedeten, haben ihre Zusammenarbeit betont. In ihrem Londoner Vortrag verwies Edith Schriefl darauf, dass diese sächsische Verfassung unter den Bedingungen des verlorenen Krieges, unter der Aufsicht der sowjetischen Militäradministration und in der Konkurrenz zu den westdeutschen Besatzungszonen entstanden

### ICHRPI

Die ICHRPI (International Commission for the History of Representative and Parliamentary Institutions) ist eine Vereinigung von mehr als 200 Historikern aus über 30 Ländern. Neben der Ausrichtung der jährlichen Konferenz gibt die Kommission die Fachzeitschrift »Parliaments, Estates and Representation«

heraus, in der aktuelle wissenschaftliche Debatten über Parlaments- und Ständegeschichte veröffentlicht werden. In London trafen die Wissenschaftler zum 66. Mal zusammen. Das nächste Treffen richten die Historiker aus Spanien aus. Die 67. Tagung wird im September 2016 in Palma de Mallorca stattfinden.



sei. Der Landtag habe mit dieser Konstitution den Zusammenhalt aller »antifaschistischen Kräfte« in der SBZ symbolisieren wollen.

Caroline Förster referierte, wie nach der friedlichen Revolution die Verfassung des Freistaates Sachsen im Jahre 1992 entstand. Den damaligen Akteuren galt die Verfassung als ein Symbol der Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland und als Abgrenzung zur DDR, aber auch als ein Dokument der gelungenen Revolution des Jahres 1989. Dem Sächsischen Landtag kam die Aufgabe zu, das Land in das politische Gefüge einer westlichen Demokratie zu integrieren.

Auf der Londoner Konferenz debattierte das internationale Publikum aus Parlamentshistorikern angeregt die vier Vorträge. Besonders die epochenübergreifenden Vergleiche zum Wahlrecht und zum unterschiedlichen Symbolwert der Verfassungen stießen auf Interesse.

## Besuch und Dinner im House of Parliament

Die Konferenz tagte in London an prestigeträchtigen Orten: dem King's College, dem stattlichen Royal Holloway vor den Toren der Hauptstadt und in den britischen Parlamentsgebäuden. Die Vorträge und Diskussionen waren zudem in ein abwechslungsreiches

Rahmenprogramm eingebettet und von abendlichen Festvorträgen begleitet. Auch die Besichtigung der Sonderausstellung zur Magna Carta in der British Library zählte zum erweiterten Ablauf der Tagung. Zahlreiche Gelegenheiten, beispielsweise bei einem Empfang durch den Parliament's Speaker (den Präsidenten des Unterhauses), ermöglichten es den Historikern aus Sachsen, wissenschaftliche Kontakte zu Parlamentsforschern anderer Länder zu knüpfen. Zudem ergriffen die Konferenzteilnehmer die Möglichkeit, den Sitzungen der beiden Kammern, des House of Lords und des House of Commons, als Zuhörer beizuwohnen.

## Die Konferenz – ein anregendes Forum

Die Tagung bot eine hervorragende Möglichkeit, die sächsische Landtagsgeschichte auf einer internationalen Bühne zu präsentieren. Einerseits bereicherten die sächsischen Beiträge den wissenschaftlichen Diskurs. Andererseits gewannen unsere Wissenschaftler vielfältige Anregungen für ihre künftige Forschung zu den sächsischen Landtagen. Die wiederholte Teilnahme des Kollegs an den Konferenzen der ICHRPI festigt die Präsenz des an der TU Dresden angesiedelten Landtagsprojekts in der europäischen Forschungsgemeinschaft.

# Ausstellungen

## »Leipziger Notenspuren« und »Sachsens Geschichte unterm Acker«

Noch bis zum 12. November ist die Ausstellung »Leipziger Notenspuren – Musik bewegt die Stadt« im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags zu sehen. Das in der Leipziger Bürgerschaft entstandene Notenspur-Projekt verbindet die außergewöhnliche Leipziger Musiktradition und -gegenwart mit der Stadt – ihrer Architektur, ihren öffentlichen Räumen, ihren Grünbereichen, ihrer Geschichte und ihren Menschen.

Vom 19. November bis 18. Dezember wird dann »Sachsens Geschichte unterm Acker – Landwirte schützen Denkmale« im Landtag gezeigt. Eröffnet wird die Präsentation am 17. November 2015 um 18:00 Uhr im Bürgerfoyer. Neben Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler werden zur Eröffnung Dr. Heinrich Bottermann, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Staatssekretär Heribert Wolff und die Landesarchäologin Dr. Regina Smolnik sprechen. Sie sind herzlich eingeladen.



Foto: S. Füssel

## Landtagspräsident empfing Botschafter des Sultanats Oman

05.10.2015 – Der Präsident des Sächsischen Landtags hat heute den Botschafter des Sultanats Oman, S. E. Khalid S. Baomar, zu einem Gespräch im Ständehaus empfangen. Zu Beginn des Treffens trug sich der Diplomat in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. Während seines Antrittsbesuches betonte der Botschafter das Interesse seines Landes an einem Ausbau der Zusammenarbeit sowohl im Bereich Kunst und Kultur als auch auf den Gebieten der Wissenschaft, der Hochschulen und der Wirtschaft.

## Erste Hilfe für acht Schulklassen im Parlament

Wissen Sie, wie man eine Herzdruckmassage durchführt, und trauen Sie sich zu, Ersthelfer zu sein? Die sofortige Laienreanimation mit Hilfe der Herzdruckmassage ist lebensrettend. 179 Schülerinnen und Schüler haben am 24. und 25. September »Nachhilfe« in Sachen »Erste Hilfe« bekommen. Der Sächsische Landtag hatte die acht Schulklassen aus Dresden und Herrnhut gemeinsam mit dem Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt zu den beiden Aktionstagen eingeladen. Nach der theoretischen Einführung trainierten die Schüler unter Anleitung von Ärzten des Friedrichstädter Krankenhauses an einer lebensgroßen Puppe den Ernstfall. Anlass war die deutschlandweite »Woche der Wiederbelebung«.

## SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden,  
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

## Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

19. – 20.11.2015  
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen  
finden wie folgt statt:

16.–17.12.2015  
03.–04.02.2016

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.mdr.de](http://www.mdr.de).



## Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

**Fraktionen**  
CDU  
Tel. 0351 493-5555  
DIE LINKE  
Tel. 0351 493-5800  
SPD  
Tel. 0351 493-5700  
AfD  
Tel. 0351 493-4201  
GRÜNE  
Tel. 0351 493-4800

**Publikationsbestellung  
und Leserbrief**  
Sächsischer Landtag  
Veranstaltungen,  
Besucherdienst und  
Publikationen  
Bernhard-von-  
Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Tel. 0351 493-5133  
[info@slt.sachsen.de](mailto:info@slt.sachsen.de)  
[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

**Besucherdienst**  
Anmeldungen für die  
Besucherbetreuung  
und den Besuch von  
Plenarsitzungen erfolgen  
unter Tel. 0351 493-5131.

**Bürgerfoyer**  
Öffnungszeiten:  
Montag bis Freitag von  
10:00 bis 18:00 Uhr;  
an Wochenenden und  
Feiertagen geschlossen.

**CHIAVERI – Restaurant im  
Sächsischen Landtag**  
Öffnungszeiten:  
täglich von 11:00 Uhr  
bis 23:00 Uhr  
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch  
signierte sowie verschlüsselte  
elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version  
des Landtagskuriers finden  
Sie unter  
[www.landtag.sachsen.de/  
Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gast-  
autoren geben nicht  
zwangsläufig die Meinung  
der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom  
Sächsischen Landtag im  
Rahmen der parlamentarischen  
Öffentlichkeitsarbeit  
herausgegeben. Die Abgabe  
erfolgt kostenfrei. Eine  
Verwendung für die eigene  
Öffentlichkeitsarbeit von  
Parteien, Fraktionen,  
Mandatsträgern oder Wahl-  
bewerbern – insbesondere  
zum Zwecke der Wahl-  
werbung – ist unzulässig,  
ebenso die entgeltliche  
Weitergabe der Publikation.

**Impressum** Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder, Dr. Thomas Schubert (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 09.10.2015

Gastautoren: Ivo Klatte (Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.), Josephine Mey und Matthias Kopietz TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden



[www.landtag.sachsen.de/  
de/aktuelles/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/aktuelles/index.aspx)



Der Sächsische Landtag auf Twitter:  
[twitter.com/sax\\_lt](https://twitter.com/sax_lt)